

Dezember  
2023



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages  
und des Europäischen Parlaments e. V.

## Editorial

Geschäftsführerin  
Andrea Wicklein

## Ansprache Präsident

Dr. Franz Josef Jung

## Informationen

Termine

Personalien

## Titelthema

Mitgliederreise  
nach Niedersachsen

## Berichte / Erlebtes

Europäische Assoziation

Mitgliederveranstaltung  
Bonn

Leben danach

## Erlesenes

## Aktuelles

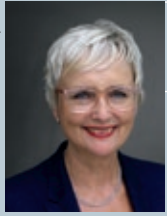
## Jubilare

## Mitgliederreise nach Niedersachsen



© SZAG

## Editorial



Liebe Mitglieder,  
das alte Jahr verabschiedet sich... Ich freue mich, dass wir in den vergangenen Monaten wieder viele Mitglieder mit unseren Angeboten erreichen konnten. So stand uns im April im Rahmen unserer Jahreshauptversammlung Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt Rede und Antwort. Unsere Veranstaltung im Herbst fand nach langer Zeit wieder einmal in Bonn statt, wo wir die Deutsche UNESCO-Kommission und die Bundesnetzagentur besuchten.

Unsere Mitgliederreise in diesem Jahr führte uns nach Niedersachsen. Besonders interessant war der Besuch der Salzgitter AG. Hier erfuhren wir nicht nur über den Transformationsprozess des Unternehmens hin zu grünem Wasserstoff, sondern durften bei einer Führung durch das Werk auch einen Blick in die Anlagen werfen. Am letzten Tag unserer Reise besuchten wir Hannovers Oberbürgermeister, der u. a. auch über die Verhandlungen der Stadt mit den Klimaaktivisten berichtete. Anders als Gebäude und Plätze in Berlin und anderswo blieb Hannover größtenteils von deren Protesten verschont.

Die Aktionen der Klimaaktivisten haben übrigens auch zum „Unwort des Jahres“ geführt – Klimaterrorist. Im Sprachgebrauch werde dieser Begriff genutzt, so die Jury, „um die Aktivitäten von Menschen, die sich für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einsetzen, zu deskreditieren und übertrieben zu kriminalisieren“. Wie auch immer man den Maßnahmen der Klimaaktivisten gegenüber steht, ich denke, manche Aktionen schaden eher der Sache. Die vielen Touristen, die Berlin jedes Jahr besuchen, können derzeit jedenfalls nur ein Foto von einem verhüllten Brandenburger Tor machen, das durch eine Farbattacke der Klimaaktivisten beschmiert wurde und daher saniert werden muss.

Die Quadriga des Brandenburger Tors ist übrigens Gegenstand der aktuellen Ausstellung im Mauer-Mahnmal des Bundestages. Mit der hier präsentierten Fassung der Quadriga konnten erstmals seit Jahrzehnten die historischen Gipsformen der Quadriga zusammengeführt werden. Die Ausstellung erzählt die wechselhafte Geschichte der Quadriga. 1806 von Napoleon als Zeichen seines Sieges nach Paris gebracht, kehrte sie acht Jahre später nach Berlin zurück. Auf das Wiederkehren der Quadriga ist das Wort „Retourkutsche“ zurückzuführen.

Liebe Mitglieder, für die bevorstehenden Feiertage wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine schöne gemeinsame Zeit. Lassen Sie es sich gut gehen! Und hoffen wir, dass in diesem Jahr die Spitze des Weihnachtsbaums am Brandenburger Tor von der Säge der Klimaaktivisten verschont bleibt.

Ihre

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Andrea G. Q.'.

## Informationen

### Termine

- 22./23.4.2024 Mitgliederversammlung mit Wahl des Vorstands
- 24.6.2024 Kontakttreffen des Vorstands mit den Ehemaligen der Landtage

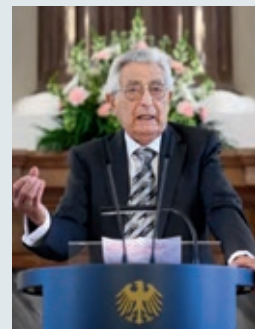
### Personalien



Das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband wurde von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin **Gerda Hasselfeldt** verliehen. Nach 30 Jahren im Bundestag und als erste weibliche Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes setzt sie sich unermüdlich für eine bessere Vorbereitung auf Krisenfälle sowie deren Ursachen ein.

\*\*\*

Bereits 1980 wurde **Gerhart Baum** mit dem Großen Verdienstkreuz ausgezeichnet, nun wurde der ehemaligen Innenminister am 19.7.2023 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern geehrt. Er bedankte sich mit einer Rede für die Demokratie.



\*\*\*

Am 1.10.2023 trat **Matthias Nölke** sein Amt als neuer Kämmerer der Stadt Kassel an. Er leitet dort das Dezernat mit den Schwerpunktbereichen Finanzen und Wirtschaft.

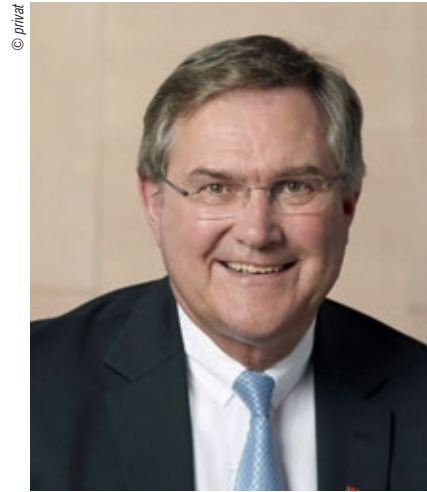


## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Dezemberausgabe des letzten Jahres begann ich meine Ansprache mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der eine Zäsur darstellte und seither einen enormen Einfluss auf globale Entwicklungen, aber auch auf Entscheidungen der deutschen Politik hat. Gerade erst wurde mit dem neuen Bundeshaushalt eine beispiellose Erhöhung des Verteidigungshaushalts beschlossen. Und auch der Zustrom von Kriegsflüchtlingen nach Deutschland hat unmittelbar mit dem Krieg in der Ukraine zu tun. Leider wird dieser Krieg, der bereits hunderttausende Menschenleben auf beiden Seiten gefordert hat, nach wie vor in unveränderter Schärfe weitergeführt, ohne dass ein Ende in Sicht wäre.

Und seit dem 7. Oktober tobt ein neuer Krieg, der Krieg im Nahen Osten, hervorgerufen durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Es ist ein Krieg gegen die Juden, der brutalste Angriff seit der Shoa. Die Auswirkungen sind auch in Deutschland unmittelbar spürbar. Bald 80 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und dem durch Deutschland zu verantwortenden Vernichtungsfeldzug gegen die Juden in Europa zeigt sich der Antisemitismus wieder unverhohlen in unserem Land. Auf deutschen Straßen kommt es seitdem immer wieder zu Demonstrationen von Palästinensern und deren Unterstützern, auf denen die islamistische Hamas bejubelt wird. Jüdinnen und Juden fühlen sich in Deutschland nicht mehr sicher, behalten ihre Kinder zu Hause, anstatt sie zur Schule zu schicken oder verlassen sogar, wie damals, unser Land.

In seiner Sitzung am 9. November hat der Deutsche Bundestag anlässlich des 85. Jahrestages der Reichspogromnacht zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland aufgerufen. Unter den Gästen war auch die Holocaustüberlebende Margot Friedländer. Nach 64 Jahren kehrte sie nach Deutschland in ihre Heimatstadt Berlin zurück. Durch ihren unermüdlichen Einsatz als Zeitzeugin versucht sie, die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis wachzuhalten. Und das ist in der heutigen Zeit nötiger denn je, erklärte die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in ihrer Ansprache. Aber wie können wir unser Versprechen „Nie wieder“ einlösen, wie können wir unser Versprechen „Die Sicherheit Israels ist Staatsräson“ durchsetzen?



Diese Fragen treiben mich kurz vor dem Jahreswechsel um und es fällt mir schwer, positiv und sorgenfrei auf das kommende Jahr zu blicken. Daher freut es mich umso mehr, dass Sie, liebe Ehemalige, durch unsere Vereinigung die Gelegenheit zum Austausch über Parteigrenzen hinweg nutzen und das Angebot, sich persönlich zu treffen, in Kontakt zu bleiben und sich gegenseitig zu unterstützen, so zahlreich in Anspruch nehmen. Das haben unsere diesjährigen Reisen nach Niedersachsen und nicht zuletzt nach Bonn gezeigt.

Auch für das kommende Jahr sind bereits interessante Veranstaltungen in Planung. So werden wir unsere reguläre Mitgliederversammlung im April mit dem Thema 75 Jahre Europarat verbinden. Für unsere alljährliche Reise in ein Bundesland haben wir für 2024 Mecklenburg Vorpommern vorgesehen. Darüber hinaus werden wir für Interessierte eine einwöchige Reise nach Polen organisieren, die im Oktober nächsten Jahres stattfinden soll. Ich hoffe, dass wir uns auch im nächsten Jahr so zahlreich wie in der Vergangenheit wiedersehen. Das Miteinander hat in diesen Zeiten einen unschätzbaren Wert!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches neues Jahr!

Ihr

# Vertrauen ist die Erfolgswährung für die Politik

## Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil und Landtagspräsidentin Hanna Naber

Auftakt unserer Reise war der Besuch des Landtages Niedersachsen, der nach erfolgter Umgestaltung durch Modernität und Transparenz beeindruckte. Aus dem früheren Plenarsaal als „gefangenen Raum“ entstand ein Plenarsaal mit Stadtbezug. Landtagspräsidentin Hanna Naber erläuterte in ihrer Begrüßungsrede die wechselvolle Geschichte des Gebäudes, in dem seit 1962 der Niedersächsische Landtag mit heute 146 Abgeordneten seinen Sitz hat und damit der fünftgrößte Landtag der Bundesrepublik ist. Mit Stolz verwies sie darauf, dass sie nach dreizehn männlichen Landtagspräsidenten die erste Frau sei, die dem Landtag vorsteht. Sie würdigte die Vereinigung der Ehemaligen als „Schattenparlament“ mit wertvollen Erfahrungen, Sichtweisen und Ratschlägen, die wichtig für die Demokratie seien, besonders in einer Zeit, in der die Auseinandersetzung in den Parlamenten an Schärfe zunehme und einige Abgeordnete ihre Vorbildfunktion vermissen lassen. Das raue und konfrontative Klima in den Parlamenten tue der Demokratie nicht gut.

Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hob in seinem Eingangsstatement die Herausforderungen und Chancen für sein Bundesland hervor. Niedersachsen sei ein Flächenland aber keine Insel und somit ein Spiegelbild der Gesellschaft insgesamt. Als besondere Herausforderung, die auf alle Bundesländer zutrifft, sieht er den Anstieg der Migration, wo auch in den niedersächsischen Kommunen die Grenze der Möglichkeiten erreicht sei. Bei den Themen Klimaschutz und Energiewende sieht er mit großer Sorge auf die Zukunft der energieintensiven Unternehmen und fordert deshalb gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer einen „Brückenstrompreis“, um den Transformationsprozess hin zur klimaneutralen Produktion zu flankieren und die Arbeitsplätze zu sichern. Davon profitierten nicht nur die großen Industrieunternehmen, sondern vor allem mittelständische Zulieferer, die von diesen abhängig seien. Das würde in der öffentlichen Debatte oftmals vergessen. Alle Ministerpräsidenten hätten auch in Brüssel für einen Brückenstrompreis geworben, der für den Zeitraum wichtig sei, wo die Erneuerbaren noch nicht ausreichen. Niedersachsen wolle Energieland Nr. 1 werden und sei bereits jetzt Vorreiter bei Windenergie. Ziel sei es, die Gemeinden energieautark zu machen, wobei das sehr ausgeprägte Energienetz und die Offshore Potentiale gute Voraussetzungen böten. Die drei LNG Terminals ständen für den Import von Wasserstoff bereit und die Tavernen in Ostfriesland für die

Speicherung. Insofern gäbe es optimale Voraussetzungen für den Weg in die Klimaneutralität und die Erweiterung der Wirtschaftsstruktur, die heute sehr durch die Autoindustrie und die Landwirtschaft geprägt sei. Die Landesregierung unterstütze den Transformationsprozess auch durch öffentliche Beteiligungen bei der Salzgitter AG auf dem Weg zum grünen Wasserstoff oder an der Volkswagen AG auf dem Weg vom Verbrennermotor zum „fahrenden Computer“.

In der anschließenden Diskussion wurden in Anbetracht der steigenden Zustimmungswerte für die AfD die Sorgen der Ehemaligen um die Demokratie deutlich und die Frage, wie man z. B. durch bessere Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen die AfD zurückdrängen könne. Die Sorgen und die Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung seien berechtigt und müssten ernst genommen werden. Das beste Mittel gegen die AfD sei eine gute Politik der demokratischen Parteien, dazu gehöre auch eine konstruktive Streitkultur innerhalb der Bundesregierung. Positiv sei der stärkere Zusammenhalt der demokratischen Parteien im niedersächsischen Landtag. Weil: „Seitdem die AfD im Landtag vertreten ist, hat sich das Verhältnis der demokratischen Parteien untereinander grundsätzlich verändert. Die demokratischen Parteien verbindet viel mehr als sie trennt.“ Vertrauen in die Politik sei das Wichtigste, um den Unsicherheiten zu begegnen.

*Andrea Wicklein*



© VerMed (4)

# Zukunft klimaneutrale Stahlproduktion

## Von Kohle zu Strom und grünem Wasserstoff

Im Mittelpunkt des zweiten Tages der Mitgliederreise stand die Frage, mit welchen Maßnahmen die vor acht Jahren in Paris vereinbarten Klimaziele in Deutschland erreicht werden können. Ein Werksbesuch bei der Salzgitter AG mit Besichtigung der Anlagen (u. a. Elektrolyse) zur Produktion von CO<sub>2</sub>-armen Stahl machte deutlich, was bereits heute möglich ist.

Dabei kann die Salzgitter AG sicherlich als eine der Vorreiterinnen für eine nahezu CO<sub>2</sub>-freie Stahlproduktion durch Transformation der Energieträger von Kohle zu grünem Wasserstoff bezeichnet werden. Und diese Transformation erfolgt im laufenden Betrieb. Welches Einsparpotential von CO<sub>2</sub> in diesem Bereich besteht, zeigt die Tatsache, dass die Stahlproduktion für 28 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen im industriellen Sektor verantwortlich ist.

„Die Herausforderung zur Dekarbonisierung der Industrie hat Salzgitter angenommen. Wir reagieren nicht angstgetrieben, sondern sehen darin eine Chance, die Märkte der Zukunft zu gestalten“, so das Statement des Vorstandsvorsitzenden Gunnar Groebler zu Beginn einer Podiumsdiskussion. Mit dem eingeführten SALCOS-Verfahren, das bei der Energiegewinnung auf Wasserstoff setzt, gebe es einen enormen Schub zur CO<sub>2</sub>-armen Stahlherstellung.

Groebler stellte die Forderung an die Politik, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Unternehmen auch weiterhin wirtschaftlich in Deutschland produzieren könnten.

Eine Herausforderung sei der hohe Strompreis, der energieintensiven Unternehmen auf dem Weltmarkt zu schaffen mache. Wenn Salzgitter nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren könne, würde auch bei den 700 mittelständischen Zulieferern im Umfeld „das Licht ausgehen“. Daher sei eine zeitlich befristete Unterstützung z. B. durch einen Brückenstrompreis das Gebot der Stunde.

Dr. Barbara Hendricks, die als Umweltministerin das Pariser Klimaabkommen mitverhandelt hat und auf den Erfolg auch ihrer Verhandlung beim Klimaziel 1,5 Grad hinwies, weitete den Blick auf die internationale Situation. Deutschland habe einen großen ökologischen Fußabdruck. „Bei uns fahren mehr private PKW als in ganz Afrika“, verdeutlichte sie den deutschen Anteil an der Luftverschmutzung. China und Indien hätten noch einen enormen „Nachholbedarf“, den sie geltend machen könnten.

Ihrer Meinung nach müsse die Transformation auch finanziell abgesichert werden. So könne

Europa Importabgaben verhängen, um die Produkte zu verteuern, die nicht nach unseren Bedingungen produziert würden.

Dr. Thea Dückert, die viele Jahre Mitglied im Aufsichtsrat von Salzgitter war, sieht die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen neu zu setzen und an Kriterien der Nachhaltigkeit zu knüpfen, um die Klimaziele zu erreichen. Sie habe aber die Sorge, dass Deutschland nicht schnell genug sei, um die Diskussion der Rahmenbedingungen mitzubestimmen. Sollte der Brückenstrompreis im Bundestag keine Mehrheit finden, könnte der Abschluss von Direktverträgen der Erzeuger unterstützend sein. Ein Fördermodell in der Energiewelt (contract for difference), bei dem die Abweichungen von einem festen Referenzpreis sowohl positiv als auch negativ an den Vertragspartner ausgezahlt würden, sei eine weitere Hilfe. Sie sehe, dass viele Unternehmen flexibel seien, während die Politik noch hinterherhinke. Das müsse sich ändern.

© SZAG (4)





© VerMdB

Podiumsdiskussion mit Dr. Thea Dücker, Babara Hendricks, Philipp Tschinke, Gunnar Groebler und Peter Bleser (v. l. n. r.)

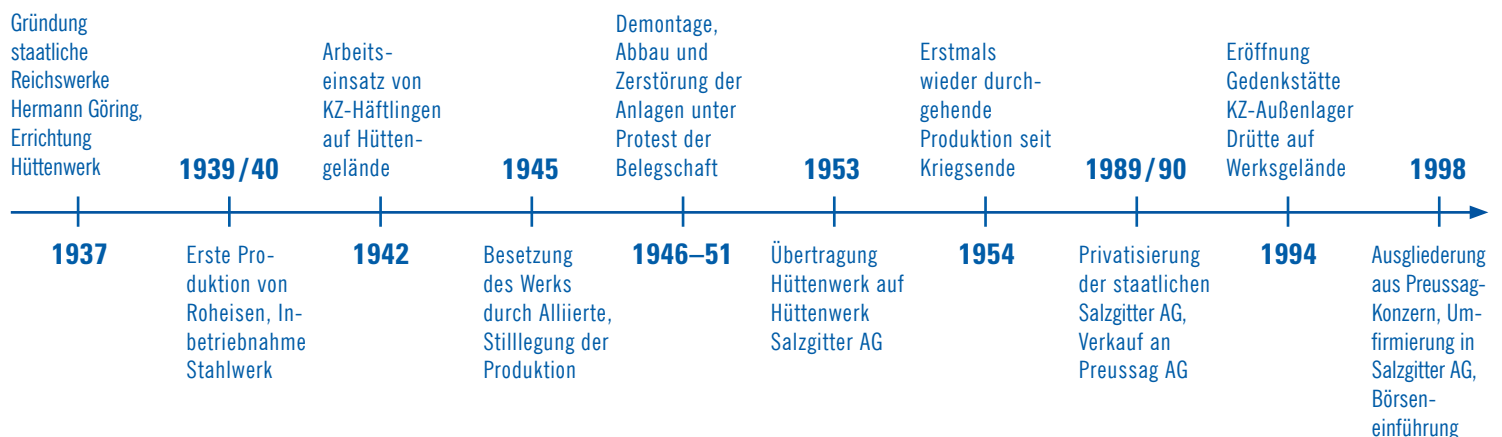
Peter Bleser äußerte sich zurückhaltend zum Brückenstrompreis und wies darauf hin, dass Strom im erneuerbaren Energiebereich bereits jetzt marktfähig sei. So habe eine Versteigerung der Bundesnetzagentur von Offshore-Flächen in Nord- und Ostsee einen Erlös von über 12 Milliarden Euro erzielt, der zu 90 % in die Senkung der Strom-

preise gehe. In der anschließenden Diskussion wurden aus dem Publikum Sorgen geäußert, dass kleine und mittlere Unternehmen durch eine derartig hohe Vergünstigung der Industrie beim Stromtarif benachteiligt würden.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion fand eine Führung über das Werksgelände statt. So erkundeten die einen das weitläufige Gelände mit dem Bus, während die anderen die neue

Feuerverzinkungsanlage besichtigten oder sich dem Thema Elektrolyse widmeten. Einen herzlichen Empfang bereitete man uns auch im nahegelegenen Gästehaus des Unternehmens, wo wir bei einem gemeinsamen Mittagessen mit dem Vorstandsvorsitzenden Gunnar Groebler sowie einigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Salzgitter AG unsere Eindrücke und Fragen noch einmal im persönlichen Gespräch vertiefen konnten.

*Irmingard Schewe-Gerigk*



Zur Geschichte des Produktionsstandortes Salzgitter: <https://geschichte.salzgitter-ag.com/de/konzerngeschichte.html>



© SZAG

# Transformation als Chance

## Interview mit Gunnar Groebler, Vorstandsvorsitzender Salzgitter AG

Als ehemalige Abgeordnete sind wir in der politischen Landschaft gut vernetzt. Was sind die substantiellen Herausforderungen, denen sich die Politik stellen muss? Welche Botschaften geben Sie uns mit?

Die Industrie befindet sich in einem tiefgreifenden Transformationsprozess hin zu CO<sub>2</sub>-freien Prozessen. Dies geschieht nicht im Labor, sondern unter den realen Wettbewerbsbedingungen. Von daher benötigen wir u. a. faire Rahmenbedingungen für energieintensive Industrien. Die vorgestellten Maßnahmen der Bundesregierung für einen angepassten Strompreis sind ein erster Schritt, der aber noch zu kurz greift und nicht ausreichend ist. Eine weitere gesamtgesellschaftliche Ausgabe ist die Gestaltung des demografischen Wandels. Rund ein Drittel der Belegschaften werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen – dies sind die Babyboomer. Wir selbst bilden seit jeher in großem Umfang jungen Menschen aus und werden hier nicht nachlassen. Gleichwohl gilt es auch andere Potenziale zu erschließen. Es sollten nun schnell die Hürden für den Arbeitsmarkt bei qualifizierten Zuwanderern gesenkt werden, um ein Beispiel zu nennen.

Welche Rolle spielt die Verwendung von grünem Wasserstoff bei der zukünftigen Stahlherzeugung?

Stahl ist als Werkstoff nicht aus unserem Leben wegzudenken. Dieser wird bei uns dann zukünftig aber nahezu CO<sub>2</sub>-frei hergestellt. Bereits 2015 hat sich unser Konzern gemeinsam mit Partnern auf den Weg gemacht, die bei der Stahlproduktion jedes Jahr anfallenden acht Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> über neue Verfahrenstechniken drastisch zu reduzieren. Die Lösung für uns ist hier der Einsatz von „grünem Strom“ und „grünem Wasserstoff“. Unter dem Projektnamen SALCOS® - Salzgitter Low CO<sub>2</sub>

Steel werden wir den Wasserstoff dazu nutzen, die Emissionen deutlich zu senken. Dieses vor allem durch die Umstellung der Stahlproduktion von Hochöfen auf die anfangs Erdgas- später Wasserstoff-basierte Direktreduktion. Die konsequente Dekarbonisierung der Stahl-Herstellung ist ein wesentlicher Kern unserer Strategie, bis 2033 wollen wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mindestens 95 % senken und gleichzeitig den Anteil an recyceltem Stahl deutlich erhöhen. Denn: Stahl ist unendlich recyclebar. Bereits jetzt besteht rund ein Drittel des deutschen Stahls aus recyceltem Stahlschrott. Durch eine konsequente Kreislaufführung kann dieser Anteil weiter erhöht werden, um den Einsatz endlicher Ressourcen zu minimieren. Den Rest der CO<sub>2</sub>-Einsparung erreichen wir mit grünem Wasserstoff. Dafür braucht es grünen Strom und dafür – natürlich – grünen Stahl.

Wie konkret werden Sie auf diesem schwierigen Weg von der Politik unterstützt?

Wir sind überzeugt, dass die Transformation der richtige Weg ist, den Stahlstandort Salzgitter mit seinen rund 8.000 Mitarbeitenden zukunftssicher aufzustellen – technisch und ökonomisch. Wir werden auch zukünftig qualitativ hochwertigen Stahl produzieren und damit wirtschaftlich erfolgreich sein. Wir sind dankbar dafür, dass unser Programm SALCOS® in der Gesellschaft und in der Politik Anerkennung und Unterstützung findet. Dies sieht man bspw. an der öffentlichen Förderung von rund einer Milliarde Euro durch Bund und Land Niedersachsen für SALCOS® Stufe 1. Zusätzlich investieren wir selbst für allein diese Stufe mehr als 1.2 Mrd. Euro. Inzwischen geht es nicht mehr darum, „ob“ es die grüne Transformation braucht, sondern „wie“? Meine Antwort darauf: Wir sollten uns mehr auf die Chancen als auf die Risiken konzentrieren.

Sie blicken mit Optimismus und Tatendrang in die Zukunft. Auch den Ausstieg aus dem russischen Gas haben Sie gemeistert. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Eine Weiche ist der kosteneffiziente und schnelle Ausbau von erneuerbaren Energien, denn: Die Mengen an grünem Strom und grünem Wasserstoff, die wir für unsere Grünstahlroute benötigen, existieren noch nicht. Trotzdem haben wir bereits konzernintern milliardenschwere Investitionsentscheidungen getroffen – wir bauen auf einen zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Werden die Weichen richtig gestellt, wird die deutsche Wirtschaft gestärkt aus der Transformation hervorgehen. Das sehen auch viele unserer Partnerunternehmen so, die schon jetzt mit uns Kooperationsvereinbarungen bzw. Absichtserklärungen unterschrieben haben – sei es für die Abnahme von „grünem“ Stahl oder die Lieferung von nachhaltig erzeugtem Strom. Die notwendige, positive Einstellung gegenüber einer grünen Transformation ist noch nicht überall angekommen. Daher möchte ich noch einmal betonen: Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem. Wir müssen weniger debattieren. Es ist an der Zeit, dass Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur mit vereinten Kräften sich darauf verständigen, den Weg in eine CO<sub>2</sub>-neutrale Zukunft zu beschleunigen.

# Landeshauptstadt Hannover

## Gespräch mit Oberbürgermeister Belit Onay



Am letzten Tag der Reise besichtigten wir das imposante Neue Rathaus von Hannover und trafen anschließend mit Oberbürgermeister Belit Onay (Foto: Mitte erste Reihe) im Ratssaal zusammen.

Das Neue Rathaus der Leinestadt wurde in den Jahren 1901 bis 1913 errichtet. Die Nähe zur Leinemasch machte eine besondere Bauweise des Gebäudes erforderlich, bei der 6.026 Buchenstämme in die Erde getrieben werden mussten. Zu seiner Einweihung 1913 durch Stadtdirektor Heinrich Tramm in Anwesenheit von Kaiser Wilhelm II. waren 513 Gäste geladen, darunter allerdings nur 9 Frauen.

Das Neue Rathaus besitzt mehrere Hundert Büros und 12 Sitzungs-

säle. Die Spitze des Rathausturms erreicht eine Höhe von 97,73 Meter und war damit höher als das damalige Reichstagsgebäude. Einmalig sind das Kuppeldach sowie der darin in einer Neigung von 17 Grad verlaufende Bogenaufzug, mit dem der Besuch auf die oberhalb der Kuppel gelegenen Aussichtsplattformen möglich ist. In der beeindruckenden Haupthalle des Rathauses befinden sich vier Stadtmodelle, die Hannover im Wandel der Zeiten zeigen – vom Mittelalter über die Jahre vor und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute.

Oberbürgermeister Belit Onay, der mit einer Koalition aus SPD und Grünen regiert, möchte das „Wunder von Hannover“ wiederholen. Im Jahr 1959 titelte so die Zeitung Der Spiegel die Pläne von Stadtbaurat Rudolf Hillebrecht, der die im Zweiten Weltkrieg schwer zerstörte Leinestadt zur autogerechten Stadt wiederaufbaute. „Das war damals der Zeitgeist“, resümierte der 2019 gewählte Oberbürgermeister. Heute aber

sei eine autogerechte Stadt eine Belastung für die niedersächsische Landeshauptstadt. Onay ist davon überzeugt, dass Hannover noch einmal Vorbild werden kann, indem es zeigt, wie die Verkehrswende auch im „Heimatland des Autos“ gelingt.

Autofrei bedeute für den Oberbürgermeister, dass „kein Auto mehr zu viel“ in der Stadt ist. Wenn der Stadtrat seinen Plänen zustimmt, dürfen bis 2030 in der Innenstadt von Hannover nur noch Wirtschaftsverkehr, ÖPNV, Taxis, Anwohner und Menschen mit Handicap fahren. Durchgangs- und Parksuchverkehr soll es nicht mehr geben. Vorrang in der Innenstadt hingegen sollen Fußgänger und Radfahrer haben.

Bereits 2021 entwarf Belit Onay sein Mobilitätskonzept und ging mit dem darauf basierenden Innenstadt-Dialog und sogenannten Experimentierräumen, bei denen Straßenabschnitte temporär vom Straßenverkehr befreit und mit Grün ausgestattet wurden, in die Offensive. „In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns eine Akzeptanz für diese Herangehensweise erstritten und trotz kritischer Stimmen viel Zuspruch bekommen“, so der Oberbürgermeister.

Ein besonderer Schwerpunkt seines Wirkens sei weiterhin die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen durch die Stadt und die damit verbundenen Herausforderungen. Bisher habe Hannover allein 12.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen.

Reges Interesse fanden ebenfalls die Darlegungen des Oberbürgermeisters zum Herangehen der Stadt bei der Wärmewende-Planung oder zum Umgang mit der sogenannten „Letzten Generation“.

*Uwe-Jens Rössel*



# Kolloquium Europäische Assoziation in Lugano

## Einflüsse des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik: Rolle der parl. Demokratie

Mit großem Interesse hat sich unsere Vereinigung in einer Studientagung und einer Arbeitsgruppe mit der Deklaration „Einflüsse des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik. Rolle der parlamentarischen Politik“ beschäftigt. Auf der Tagung der Europäischen Assoziation im September in Lugano, an der Prof. Dr. Uwe Holtz, Dr. Edith Niehuis, Prof. h. c. Dr. Karl Al. Lamers, Dr. Elisabeth Altmann und Roland A. Kohn (Foto v. l. n. r.) teilnahmen, wurde die Deklaration einstimmig angenommen und damit auch die von Deutschland eingebrachten Zusätze und Änderungen.

durch die Aufnahme von Flüchtlingen auf vielen Ebenen auch profitiert hätten. Er hob den Globalen Compact für die Migration und die Universelle Erklärung für die Menschenrechte hervor und, dass in der Welt weiterhin Freiheit für Migration bestehen müsse. Der Unterschied zwischen freier und erzwungener Migration sei nicht immer so leicht zu definieren. Durch die Erhöhung der weltweiten Temperatur gebe es eine Zunahme von Unwettern, Fluten, Dürre und Überschwemmungen und damit verbundenen Folgen für die Ressourcen wie Wasser, Lebensmittel und das Wohnen.

Sprecherin der deutschen Delegation, Dr. Edith Niehuis.

Für den Abschlusstag hatten die Gastgeber eine Fahrt auf den Berg San Salvatore mit einem großartigen Rundblick auf die Schweizer Bergwelt und anschließend eine Schifffahrt über den landschaftlich wunderschön gelegenen Luganer See organisiert, wobei unter den Delegierten Konversation in allen europäischen Sprachen stattfand.

© privat



Deutsche Delegation

Nach der Einleitung durch den Rapporteur Valerio Calzolaio, der sich bei der deutschen Delegation für ihre Arbeit herzlich bedankte, stellten die Sprecher der Mitgliedsländer die jeweiligen sehr unterschiedlichen Anforderungen ihres Landes durch die Flüchtlingsströme dar. Calzolaio hob in seinem Statement die enorme Zahl von über 110 Mio. Flüchtlingen weltweit hervor. Diese erhöhe sich ständig auch durch Klimaveränderungen und Kriege, insbesondere den Russland-Ukraine Krieg. Calzolaio betonte, dass Flucht schon immer eine Antwort der Menschen auf unerträgliche Lebensbedingungen war und dass Länder

In der Aussprache wurde nochmals erörtert, wie die Parlamentarische Diplomatie wirksam werden kann. Diese sei eine alternative Ergänzung zur klassischen Diplomatie, da Parlamentarier den Finger näher am Puls der Bevölkerung hätten. Kein europäisches Land sei jemals nur Zielland für Einwanderung gewesen, alle Länder waren und sind auch Auswanderungsländer. Ehemalige Parlamentarier könnten als Vermittler dienen und sollten die Erklärung ihren jeweiligen Parlamenten zuleiten. Parlamentarische Delegationsreisen sollten den Aspekt des Klimawandels mit den daraus resultierenden sozialen Bedingungen immer mitberücksichtigen.

Es machten sich immer mehr Klimavertriebene, flüchtende Migranten, Kriegsflüchtlinge und gemäß der Konvention von 1951 aus politischen Gründen registrierte Flüchtlinge auf den Weg. Eine international anerkannte Definition gebe es nicht. Und viele Flüchtlinge genossen keinen internationalen Schutz. Doch Flucht müsse auch von adäquater Hilfe und Unterstützung beim Neuanfang begleitet werden. Auch das Problem der Schlepper wurde erörtert. Zusammenarbeit und eine faire Verteilung der Flüchtlinge sei auf europäischer Ebene notwendig, betonte die

© privat



Dank Prof. Dr. Uwe Holtz steht die „Erklärung von Lugano“ allen Interessierten auf Deutsch zur Verfügung ([www.vemdb.de/Aktuelles](http://www.vemdb.de/Aktuelles)).

Die Kernaussagen der Erklärung lesen Sie auf Seite 15 dieser Ausgabe.

*Elisabeth Altmann*

© privat



# Mitgliederveranstaltung in Bonn

## Deutsche UNESCO-Kommission



Präsidentin DUK Prof. Dr. Maria Böhmer (Mitte) mit Ulla Burchardt und Dr. Franz Josef Jung, Präsident VeMdB

Ende November trafen sich die Mitglieder der Vereinigung der Ehemaligen in Bonn. Die Stadt hat sich seit 1996 ein neues Profil als deutsche Stadt der Vereinten Nationen und Ort des Dialogs zu Zukunftsthemen zugelegt. Daher lag es nahe, dass die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) auch hier ihren Hauptsitz hat. In der Geschäftsstelle der DUK wurden die Ehemaligen herzlich empfangen von Präsidentin Prof. Dr. Maria Böhmer und Vorstandsmitglied Ulla Burchardt.

Die UNESCO ist eine Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Sie verfügt über ein weltweites Netzwerk von Nationalkommissionen. Zu den Aufgaben der deutschen Kommission gehört es, Koordinierungs-, Verbindungs- und Beratungsstelle in allen Programmbereichen zu sein. Sie stellt die Präsenz der UNESCO in Deutschland sicher und arbeitet an der Ausfüh-

rung des Programms. Dazu gehört auch, dass sie die Bundesregierung, den Bundestag und die übrigen zuständigen Stellen in allen Fragen berät, die sich aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der UNESCO ergeben.

Prof. Dr. Maria Böhmer, die bereits zum dritten Mal als Präsidentin der DUK gewählt wurde, gab eine anschauliche Einführung in die Arbeit und Aufgaben der UNESCO. Ziel sei es nicht nur, die kulturellen Schätze zu bewahren, sondern auch in die zivile Gesellschaft hinein zu wirken. Der Grundgedanke „Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.“ aus dem Jahr 1951 ist heute wieder wichtiger denn je. So war es Prof. Dr. Maria Böhmer auch ein Herzensprojekt, das kürzlich neben den bereits bekannten SchUM-Städten Speyer, Worms und Mains nun auch Erfurt ein weiteres jüdisch-mittelalterliches Weltkulturerbe hat. Sie sieht den Erhalt dieser kulturellen Schätze ein Stück weit auch als Völkerverständigung, die alle Menschen auf der Welt verbindet.

Bereits seit 1998 ist Ulla Burchardt Mitglied des Vorstandes der deutschen UNESCO-Kommission. Als Vorsitzende der Fachkommission hat sie

sich dem Bereich der Wissenschaft gewidmet. Noch heute sind Wissenschaftsforschung und Wissenschaftsfreiheit in vielen Ländern keine Selbstverständlichkeit. Was bei uns im Grundgesetz verankert ist, ist längst nicht überall so. In den USA wurde bspw. unter der Führung von Trump eine finanzielle Sperre in diesem Bereich verhängt, dies scheint bei uns undenkbar.

Nach einem aufschlussreichen Querschnitt durch die Arbeit der UNESCO gab es Raum für Fragen. So wurden bspw. Fragen zu dem Entscheidungsprozess für ein Weltkulturerbe gestellt. Die Präsidentin verwies dabei auf mehrere Stufen. Zum einen gilt es bei der Kultusministerkonferenz die Vorschläge aus den Ländern zu sondieren. So müssen sowohl Kultur- als auch Naturgüter nicht nur einen außergewöhnlichen universellen Wert vorweisen, sondern auch die Authentizität und der Schutz durch den Staat gewährleistet sein. Erst dann schaffen sie es auf die sogenannte Tentativliste. Diese Vorschlagsliste wird dann dem Auswärtigen Amt zugeleitet, welches wiederum an das Welterbezentrum in Paris vermittelt. Der letzte Schritt sei die Prüfung durch internationale Experten und Expertinnen der Beratungsorganisationen. Nach deren eingehender Evaluierung wird dann final über eine Aufnahme entschieden. Aktuell gibt es 52 UNESCO-Welterbestätten in Deutschland.

Im Anschluss an das Gespräch wurden die Ehemaligen in zwei Gruppen aufgeteilt. Die vorgestellten Bereiche „Fair Culture, materielles Welterbe und Naturerbe“ und „UNESCO-Projektschulen“ gaben nicht nur einen Einblick in die große Bandbreite an Themen und Aufgaben, sondern auch die Bedeutung der Organisation für Völkerverständigung und damit zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit weltweit.

*Maria Korinth*

## Bundesnetzagentur

Am Nachmittag besuchten die Ehemaligen die Bundesnetzagentur. Präsident Klaus Müller gab eine Einführung in die Entwicklung und Arbeit seiner Behörde. Hervorgegangen aus der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post kamen in den letzten Jahren immer neue Themen und Aufgaben hinzu. So ist die BNetzA heute für die Regulierung von vier Märkten zuständig: Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn.

Die Bundesnetzagentur beschäftigt rund 3.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie ist eine selbstständige unabhängige Bundesbehörde mit – so der Präsident – zwei Müttern: dem Verkehrsministerium (BMDV) sowie dem

Wasserstoffnetz frei. Somit sei Deutschland neben Belgien und den Niederlanden nun das dritte Land in der EU, welches den Ausbau des Wasserstoffnetzes vorantreibt. Anders als die Nachbarn müsse sich Deutschland allerdings anstatt mit nur einem mit 16 Gasbetreibern in den Bundesländern auseinandersetzen.

Und ein weiterer neuer Aufgabenbereich stehe in den Startlöchern: die Plattformregulierung. Die EU-Verordnung, dass auch digitale Plattformen eine Aufsicht brauchen, soll bis Februar 2024 in nationales Recht umgesetzt werden. Nach dem im Dezember zu erwartenden Kabinettsbeschluss wäre die BNetzA dann zukünftig auch

land wirklich schneller geworden ist“, zeigt sich Müller optimistisch.

Nach dem kurzweiligen und spannenden Einblick in die BNetzA ging der Präsident auf die Fragen seiner ehemaligen Bundestagskollegen und -kolleginnen ein. So gab es u. a. Fragen zu den versteigerten Offshore-Flächen, der Regulierung von Netzentgelten beim Netzausbau und der Sanierung der Bahnnetze. Auf die Frage nach dem fehlenden Wettbewerb bei der Post antwortete Klaus Müller, dass er zuversichtlich sei,



Wirtschaftsministerium (BMWK). Interessant dabei ist, dass die Regulierungsentscheidungen durch Beschlusskammern gefasst werden und die BNetzA dadurch eine Behörde mit einer gerichtsähnlichen Struktur ist. „Die Beschlusskammern sind der Maschinenraum der Ministerien“, so Klaus Müller.

Als eine neue spannende Aufgabe der Behörde bezeichnet der Präsident die Regulierung des Wasserstoffnetzes. Nachdem viele Jahre über das Thema nur diskutiert worden sei, gab der Bundestag mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts endlich den Weg für ein deutschlandweites

ein „Digital-Service-Coordinator“. Die Plattformregulierung muss nach europäischem Recht von einer „fully independent“ Behörde vorgenommen werden, was bedeutet, dass hier die BNetzA unabhängig agieren soll und es keine Rechts- und Fachaufsicht geben darf. Somit wird sich bei dieser Aufgabenstellung auch der Charakter der Behörde wandeln müssen, was eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellt.

Positiv bewertete der Präsident das Thema Netzausbau. Durch die vom Bundestag beschlossenen Beschleunigungsgesetze könnten Genehmigungsverfahren nun 1,5 bis 2 Jahre kürzer werden.

„Das wird die Legislaturperiode sein, wo Deutsch-

dass es in dieser Legislaturperiode eine Postgesetznovelle geben wird, weil auch die Post dies wolle. Die Flexibilität, die die Post braucht, um sich am Markt zu behaupten, werde durch das jetzige Postgesetz behindert.

Pünktlich verabschiedete der Präsident die Ehemaligen. „Wir sind ja auch ein bisschen für Eisenbahnregulierung zuständig“, so Klaus Müller schmunzelnd. „Ich ahne, vor welchen Herausforderungen manche von Ihnen heute noch stehen.“

*Carmen Pägelow*

# Wieder im Bundestag – in neuer Mission

Petra Bläss



© privat

zugeben, die mir während meiner internationalen Vizepräsidentinnen-Tätigkeit am meisten ans Herz gewachsen waren – ParlamentarierInnen und AktivistInnen aus den Ländern des Westlichen Balkan. Als 2003 der damalige Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt für Südosteuropa ein Konzept für die parlamentarische Dimension des regionalen Kooperationsprozesses benötigte, nutzte ich die Chance und baute im Auftrag des Auswärtigen Amtes die Arbeitsgruppe Parlamentarische Kooperation auf. Konzeptionell, vernetzend und immer auch lehrend operativ vor Ort arbeiten zu können – internationale Parlamentsberatung war genau das Richtige für mich. Besonders lange und intensive Einsätze – auch über EU, OSZE, UNDP, USAid, FES u. a. – hatte ich immer wieder im Kosovo, in Bosnien Herzegowina, Mazedonien und Albanien, wo ich 2015 zuletzt als Regierungsberaterin gearbeitet habe. Doch so aufregend und erfüllend diese Arbeit auch war – nach einem jahrelangen entwürdigenden Bewerbungsmarathon auf der Suche nach einer dauerhaften und existenzsichernden Arbeit wuchs die Einsicht, nochmal einen neuen Weg einschlagen zu müssen...

28 Jahre nach meinem Studienabschluss als Diplomlehrerin für Deutsch und Geschichte habe ich den Neustart gewagt. Meine ersten Unterrichtsstunden hatte ich 2015 an einer Grundschule – parallel zu einem Ergänzungsstudium Lehramt Humanistische Lebenskunde. Voll eingestiegen bin ich dann zum Schuljahr 2015/16 als Vertretungslehrerin an einem Gymnasium. Beim Unterrichten war ich vom ersten Moment an voll in meinem Element, existenzsichernd aber waren meine ersten Arbeitsverträge noch nicht. Als ich gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könne, Deutsch als Zweitsprache für junge Geflüchtete zu unterrichten,

zögerte ich keinen Moment. 2016 managte ich mit zwei Kolleginnen die Schule für alle 6- bis 16-Jährigen in der damaligen Potsdamer Erstaufnahme für Geflüchtete. Anschließend unterrichtete ich vier Jahre junge Geflüchtete an Potsdamer Oberstufenzentren im Bildungsgang Berufliche Grundbildung Plus – eine Herausforderung der besonderen Art, die weit über einen Sprachunterricht hinausgeht.

Seit 2020 bin ich reguläre Berufsschullehrkraft für Politische Bildung und Deutsch am Oberstufenzentrum 2 Potsdam Wirtschaft und Verwaltung und unterrichte Auszubildende und FachoberschülerInnen – in diesem Schuljahr Politik in 21 Klassen. Täglich mit den Fragen, Meinungen, Hoffnungen, Enttäuschungen, ja auch mit Desinteresse oder Nicht-Wissen junger Leute konfrontiert zu sein, aber vor allem einer Generation gegenüberzustehen, deren Welt vor allem eine digitale ist, das ist eine ungeheure Herausforderung. Politische Bildung in Zeiten von Krisen und Kriegen heißt für mich vor allem, meine SchülerInnen mit solidem Grundwissen auszurüsten und sie zu kritischem Denken zu befähigen, um der gegenwärtigen Informationsflut offensiv begegnen zu können. Politik kann erfahrbar gemacht werden – zum Beispiel durch Planspiele. Meine SchülerInnen konnten so z. B. in die Rollen von Europa-ParlamentarierInnen schlüpfen, die Regelungen für den Umgang mit Hate Speech und Fake News erarbeiten sollten. Mit vielen Klassen habe ich die Foto-Ausstellung „Wir hatten ein normales Leben – Ukraine 2006–2023“ in der Brandenburgischen Landeszentrale für Politische Bildung besucht, die auf eindrucksvolle Weise zeigte, was Krieg mit den Menschen macht. Und ein Besuch im Bundestag steht eigentlich immer auf der Wunschliste meiner SchülerInnen...

„Wie ist das für Sie hier oben?“ fragte mich ein Fachoberschüler einer 12. Klasse, mit der ich im Rahmen des Unterrichts in Politischer Bildung das Bundestagsplenum besuchte. „Mit Euch hier – super!“. In der Tat fühlte ich mich wohl auf der Besuchertribüne – als Lehrerin inmitten meiner SchülerInnen mit Blick auf meinen alten Arbeitsplatz.

Die Rückkehr in den erlernten Beruf – als ich 2002 mit 38 Jahren nach drei Legislaturperioden aus dem Bundestag ausschied, stand sie für mich erstmal nicht zur Debatte. Zu stark war mein Wunsch, meine Erfahrungen als Parlamentarierin an die weiter-

# Jedes Amt ist nur auf Zeit

Matthias Nölke

Im Vergleich zu vielen anderen Ehemaligen war ich nur eine sehr überschaubare Zeit Mitglied des Deutschen Bundestages, nämlich als Nachrücker von April 2020 bis zum Ende der letzten Wahlperiode im Oktober 2021. Die Nachricht, dass ich nachrücken würde, erreichte mich Ende 2019. Zu dieser Zeit hatte ich damit nicht mehr gerechnet und wollte mich eigentlich auf die Kommunalpolitik als Kreis- und Fraktionsvorsitzender konzentrieren. Doch es kam anders als gedacht. Allerdings war diese Zeit von zwei Dingen getrübt.

Zum einen fiel mein Mandat in die schärfsten Einschränkungen der Corona-Pandemie. Es gab so gut wie keine Sitzungen von Fraktion, Arbeitsgruppen und Ausschüssen in Präsenz, weder Auslandsreisen noch Besucherfahrten aus meinem Wahlkreis Kassel. Letzteres war ein echter Wermutstropfen. Man könnte sagen, dass ich als Student 2006 während eines vierwöchigen Praktikums bei Jörg van Essen mehr parlamentarisches Leben kennenlernen konnte als während meiner eigenen Abgeordnetenzeit.

Zum anderen hatte man mir bereits vor meinem Nachrücken mitgeteilt, dass mich die hessische Parteiführung zur Bundestagswahl 2021 wieder austauschen wollte. Dennoch habe ich um das Mandat und den Listenplatz gekämpft, aber am Ende knapp verloren. Wenngleich ich nicht freiwillig ausgeschieden bin, so geschah dies nicht im Groll. Denn mir war klar, dass das Mandat nur auf Zeit war, jederzeit vorbei sein könnte und man immer vom Willen der eigenen Partei sowie des Wählers abhängig ist. Und ich habe es stets als großes Privileg und Ehre empfunden, Abgeordneter sein zu dürfen.

Nach meinem Ausscheiden habe ich mich zunächst auf meine eigene Großhandelsfirma konzentriert, die ich seit über 10 Jahren führe.

Doch immer wieder wurde ich von Unternehmern angefragt, ob ich Kontakte nach Berlin vermitteln könnte. So entstand mit Roman Müller-Böhm, ebenfalls Abgeordneter in der letzten Wahlperiode und Mitglied unserer Vereinigung, die Idee, eine Agentur für Public Affairs mit Sitz in Berlin direkt Unter den Linden zu gründen. Dies hat dazu geführt, dass ich weiterhin zwischen Kassel und Berlin gependelt bin und dadurch viele Kontakte in der Hauptstadt pflegen konnte. Weiterhin beruflich in Berlin präsent zu sein, jedoch ohne den vollen und fremdbestimmten Terminkalender eines Abgeordneten, habe ich als sehr erfüllend empfunden. Doch erneut entwickelte sich vieles anders als gedacht.

Im Mai 2022 zerbrach in Kassel die Koalition aus Grünen und SPD. Nach monatelangen Verhandlungen wurde im Dezember eine Koalition aus Grünen, CDU und FDP gebildet. Zudem überwarf sich der damalige Oberbürgermeister mit seiner Partei, der SPD. Am Ende trat im vergangenen Juli der erste grüne Oberbürgermeister Kassels sein Amt an. Danach erhielt die FDP innerhalb

der Koalition das Vorschlagsrecht für ein neues Dezernat Finanzen und Wirtschaft. Auf Wunsch meiner Partei habe ich meinen Hut in den Ring geworfen. Am 18. September wurde ich im Stadtparlament sogar mit Stimmen der Opposition zum Stadtkämmerer und Wirtschaftsdezernenten gewählt. In Kassel ist die FDP nicht nur zum ersten Mal Teil einer Koalition, sondern auch erstmals im hauptamtlichen Magistrat vertreten. Damit wurde liberale Geschichte in der einst roten Hochburg Kassel geschrieben.

Seit 1. Oktober bin ich nun im Amt. Kürzlich habe ich meine erste Haushaltssatzung eingebracht. Erstmals hat der Haushalt der Stadt Kassel ein Volumen von mehr als 1 Milliarde Euro mit einem kleinen Überschuss. Dies war ein großer Kraftakt. Als Wirtschaftsdezernent will ich u. a. Gründer und deren Innovationen unterstützen, wofür ich aktuell eine städtische Gesamtstrategie erstellen lasse. Nach rund 20 Jahren Selbstständigkeit, aus der ich mich als Wahlbeamter komplett zurückziehen musste, nun in einem Verwaltungskorsett zu stecken, ist zwar eine große Umstellung, aber jetzt wirklich Dinge bewegen und Gutes bewirken zu können, macht auch große Freude. In der verbleibenden Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl Anfang 2026 will ich möglichst viele Projekte umsetzen oder zumindest anstoßen. Denn auch in diesem neuen Amt ist mir klar: Es ist nur auf Zeit.



*Vereidigung zum Kämmerer und Wirtschaftsdezernenten nach Wahl durch das Stadtparlament, Kassel 18.9.23*

## Erlesenes



**Rita Süßmuth**  
Überlasst die Welt nicht den Wahnsinnigen  
bene! Verlag  
Softcover  
112 S., 12,00 €  
978-3-96340-136-7



**Hans Ulrich Klose**  
Zeit schreiben: Gedichte  
1995 bis 2007  
Bouvier Verlag  
Softcover  
72 S., 9,70 €  
978-3-4160-3202-5



**Gerhart Baum**  
Menschenrechte  
Benevento Verlag  
gebundene Ausgabe  
176 S., 18,00 €  
978-3-7109-0158-4



**Heide Simonis**  
Unter Männern –  
Mein Leben in der Politik  
DTV Verlag  
Hardcover  
240 S., 17,90 €  
978-3-4233-4190-5



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
Ich tue es für Euch  
Gräfe und Unzer Verlag  
gebundene Ausgabe  
192 S., 22,00 €  
978-3-8338-9000-0



**Manfred Richter**  
Zwischen Kabinett und  
Kabarett  
Verlag: epubli / Neopubli  
Hardcover  
388 S., 38,99 €  
978-3-757572-47-1

## Personalien

Welche Maßnahmen sollte die Regierung einleiten, um die Bürger finanziell zu entlasten? Wie kann der Wirtschaft die Transformation zu mehr Klimaschutz gelingen? Diesen und anderen Fragen stellte sich der ehemalige Bundesfinanzminister **Dr. h. c. Peer Steinbrück** am 12.7.23 bei *Maischberger*.

Im Interview mit dem *Tagesspiegel* am 21.9.23 sprach er außerdem u. a. über wirtschaftliche Herausforderungen in Deutschland und die Debatte um die Vier-Tage-Woche.

\*

Ebenfalls zu Gast bei *Maischberger* am 12.7.23 war Bundesinnenminister a. D. **Gerhart Baum**. Mit dem ukrai-

nischen Präsidentenberater sprach er über die Lage in der Ukraine und den Gipfel von Vilnius.

In der Sendung *Maischberger* am 22.11.23 diskutierte er mit dem Ehrenvorsitzenden der AfD Alexander Gauland darüber, wie gefährlich die Alternative für Deutschland ist und ob die Partei verboten werden sollte.

Im *SPIEGEL-Talk* am 23.8.23 blickte der FDP-Politiker auf sein politisches Leben zurück. Im Gespräch kritisierte er die Visionen seiner Partei und den Umgang in der Koalition und warnte vor einer Verharmlosung der AfD.

Der Angriff auf Israel und die Lage im Nahen Osten waren Themen der Sendung bei *hart aber fair* am 30.10.23, zu der auch Gerhart Baum geladen war.

Auch *Markus Lanz* begrüßte den ehemaligen Bundesinnenminister am 9.11.23 in seiner Sendung.

\*

Über die Konsequenzen der Wahlen in Bayern und Hessen für die Bundespolitik tauschten sich die Gäste, darunter Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer**, bei *Maischberger* am 10.10.23 aus.

\*

Bundesfinanzminister a. D. **Theo Waigel** war Gast bei *Markus Lanz* am 26.10.23. In der Sendung spricht er u. a. über die Deutsche Einheit, die Sorge um die Zukunft der Demokratie aber auch über die Kriege in Israel und der Ukraine. „Krieg ist einfach vollkommen sinnloses Sterben“, so der CDU-Politiker.

## Lugano-Deklaration Europäische Assoziation: Zentrale Botschaft – Kernaussagen

Zukünftig müssen die Chancen der Parlamentarischen Diplomatie besser genutzt werden.

Parlamentarische Diplomatie stellt eine gute Ergänzung zur klassischen Diplomatie dar. Sie verfügt über eigene Mittel, Wege und komparative Vorteile, mit denen sie Bemühungen nationaler Regierungen und internationaler Organisationen ergänzen und unterstützen kann.

Parlamentarische Diplomatie kann zur Lösung komplexer Themen, wie z. B. Klimawandel, Migration oder Krieg und Frieden beitragen.

Parlamentarische Diplomatie kann die Stärkung demokratischer Legitimität von Staaten und intergouvernementalen Organisationen fördern.

Klimaveränderungen bedingen neue Migrationen, verursachen Ungleichheiten und beeinflussen jede Sozialpolitik und sind damit auch ein wichtiges Feld Parlamentarischer Diplomatie.

Parlamentarische Diplomatie kann z. B. Folgendes verbessern:

- Sie fördert das Verständnis für die gegenwärtigen Migrationsphänomene.
- Sie drängt auf ein stärkeres Engagement für die Verwirklichung der Ziele der UN-Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens von 2015: so bei den Themen Frieden, Resilienz, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter und Jugend.

- Sie fördert nationale, bilaterale, multilaterale und europäische Maßnahmen zur Umsetzung der beiden Globalen Pakte der UN von 2018 für „sichere, geordnete und reguläre Migration“, die auch im Interesse der nicht-europäischen Einwanderer und der europäischen Bürger liegt – unter jeweiliger Beachtung der allgemeinen Menschenrechte.

Regierungen und Parlamente müssen Maßnahmen ergreifen, um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken.

*Uwe Holtz*

## Die Geschäftsführerin informiert

Aufgrund diverser Vorkommnisse und der daraus resultierenden aktuellen Gefährdungseinschätzung wurden die Zutritts- und Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages im Frühjahr angepasst. So sind nicht nur die Ehemaligen von Änderungen betroffen, sondern alle, die die Liegenschaften des Bundestages betreten. Der Vorstand unserer Vereinigung hat insbesondere zur verschärften Gästeregelung in den vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern geführt und darüber hinaus alle aktiven Abgeordneten, außer die der AfD, angeschrieben. Die angepassten Maßnahmen

sind nach erneuter Beratung und Abstimmung mit den Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen, durch den Ältestenrat und den Geschäftsordnungsausschuss bestätigt worden:

- Ehemalige Abgeordnete erhalten auf Antrag einen Hausausweis (Bundestagsausweis). Der Hausausweis ist befristet für die laufende Wahlperiode. Der Ehemaligenausweis berechtigt nicht mehr zum Zutritt in den Bundestag.
- Ehemalige können sich nach Ausweisung mit dem Hausausweis und Durchlaufen der Sicherheitsstrecke im Bundestag frei bewegen.

An Plenartagen ist der Zutritt zur Plenarebene eingeschränkt.

- Die Anmeldung und Begleitung von Gästen kann nur durch ein Mitglied des Bundestages oder eine Bundestagsfraktion erfolgen.

Aufgrund unserer Bemühungen prüft die Bundestagsverwaltung derzeit die Zutritts- und Besuchsmöglichkeiten für Gäste von Ehemaligen an sitzungsfreien Wochen und Wochenenden durch den Besucherdienst.


## Wir begrüßen als neue Mitglieder

**Dr. Maria Flachsbarth** (CDU)  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
MdB 2002-2021

**Dr. Marcel Klinge** (FDP)  
MdB 2017–2021

**Marianne Troost**  
Witwe von Dr. Axel Troost

Wir wünschen frohe  
und besinnliche  
Feiertage.  
Alles Gute, Gesundheit  
und Zuversicht für 2024.



### 95 Jahre

- 01.04. Martin Horstmeier  
32312 Lübbecke
- 09.04. Hans-Eberhard Urbaniak  
44149 Dortmund
- 25.06. Prof. Dr. Max Kunz  
92637 Weiden

### 90 Jahre

- 14.01. Manfred Wagner  
66130 Saarbrücken
- 09.02. Wilfried Böhm  
34212 Melsungen
- 20.04. Ortrun Schätzle  
79650 Schopfheim
- 24.05. Prof. Dr. Nils Diederich  
14163 Berlin
- 09.06. Dr. Dieter Haack  
Bundesminister a. D.  
91054 Erlangen

### 85 Jahre

- 05.01. Hermann Rind  
97453 Marktsteinach
- 13.01. Norbert Geis  
63739 Aschaffenburg
- 17.01. Karsten Knolle  
06484 Quedlinburg
- 05.02. Robert Antretter  
71522 Backnang
- 12.02. Jürgen Vahlberg  
85551 Kirchheim
- 16.02. Adelheid D. Tröscher  
60323 Frankfurt a. M.
- 01.03. Hermann Kroll-Schlüter  
Staatssekretär a. D.  
59581 Warstein
- 28.03. Carl-Dieter Spranger  
Bundesminister a. D.  
91522 Ansbach

### 85 Jahre

- 22.04. Dr. Theo Waigel  
Bundesminister a. D.  
80335 München
- 10.06. Prof. Dr. Karl-Heinz  
Hornhues  
49134 Wallenhorst
- 13.06. Siegrun Klemmer  
14055 Berlin
- 15.06. Günter Rixe  
33739 Bielefeld
- 25.06. Prof. Dr. Ernst Ulrich  
von Weizsäcker  
79305 Emmendingen

### 80 Jahre

- 07.01. Prof. Ursula Männle  
Staatsministerin a. D.  
82327 Tutzing
- 01.03. Erich Maaß  
26386 Wilhelmshaven
- 19.03. Prof. Dr. Uwe Holtz  
53125 Bonn
- 21.03. Wilhelm Josef Sebastian  
13089 Berlin
- 29.03. Hans-Dirk Bierling  
01558 Großenhain
- 06.04. Dr. Christine Lucyga  
18055 Rostock
- 07.04. Ernst Küchler  
Oberbürgermeister a. D.  
51377 Leverkusen
- 09.04. Ludwig Stiegler  
92637 Weiden
- 27.04. Walter Kolbow  
Parl. Staatssekretär a. D.  
97199 Ochsenfurt
- 12.05. Hans-Peter Kemper  
46359 Heiden

### 80 Jahre

- 16.05. Prof. Gert Weisskirchen  
69168 Wiesloch
- 08.06. Verena Künstel-Wohlleben  
94072 Bad Füssing
- 26.06. Gerd Wartenberg  
Staatssekretär a. D.  
10997 Berlin

### 75 Jahre

- 13.01. Klaus Brandner  
Parl. Staatssekretär a. D.  
33415 Verl
- 16.01. Dr. Wolfgang Ilte  
16540 Hohen Neuendorf
- 27.01. Dr. Joachim Schmiele  
13125 Berlin
- 06.02. Karin Roth  
Parl. Staatssekretärin a. D.  
73728 Esslingen am  
Neckar
- 28.02. Dr. Herlind Gundelach  
Senatorin a. D.  
21109 Hamburg
- 05.03. Dr. Franz Josef Jung  
Bundesminister a. D.  
65346 Eltville
- 26.03. Uwe Karl Beckmeyer  
Parl. Staatssekretär a. D.  
27568 Bremerhaven
- 28.03. Peter Alltschekow  
14467 Potsdam
- 06.04. Rosel Neuhäuser  
99842 Ruhla
- 12.04. Anke Eymer  
23552 Lübeck
- 15.04. Matthias Wissmann  
Bundesminister a. D.  
71640 Ludwigsburg

### 75 Jahre

- 21.04. Frank Hofmann  
97332 Volkach
- 03.05. Dr. h. c. Hans Michelbach  
Bürgermeister a. D.  
97737 Gemünden a. M.
- 28.05. Ernst Burgbacher  
Parl. Staatssekretär a. D.  
78647 Trossingen
- 12.06. Christoph Strässer  
48153 Münster
- 13.06. Ulla Schmidt  
Bundestagsvize-  
präsidentin a. D.  
52072 Aachen
- 22.06. Dr. Peter Gauweiler  
Staatsminister a. D.  
80333 München

### Wir gedenken

- Editha Limbach  
† 28.06.2023
- Eva-Maria Schreiber  
† 06.07.2023
- Heide Simonis  
† 12.07.2023
- Hermann Bachmaier  
† 14.07.2023
- Prof. Dr. Matthias Zimmer  
† 19.07.2023
- Heinz Golombeck  
† 01.08.2023
- Hans-Ulrich Klose  
† 06.09.2023
- Prof. Dr. Josef Bugl  
† 20.09.2023
- Dr. Heinz Günther Hüsck  
† 24.10.2023

**Datenschutz:** Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

#### Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.  
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin  
Telefon: 030 / 22 79 20 28 · Fax: 030 / 22 79 20 29  
E-Mail: vemdb@t-online.de  
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

#### Redaktion:

Andrea Wicklein, Geschäftsführerin  
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.  
(v. i. S. d. P.)  
Andrea Wicklein, Carmen Pägelow, Maria Korinth  
Redaktionsschluss: 1.12.2023

#### Realisierung:

Konzeption, Layout: Holger Ebeling  
Druck: MOTIV OFFSET GbR